

Umweltausschuss	08.11.2017
-----------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	714/2017-12
Stand	10.10.2017

Betreff Antrag der CDU-Fraktion vom 10.10.2017 betr. Verwendung neuartiger Pflastersteine für öffentliche Flächen und/oder private Flächenversiegelungsmaßnahmen zur Verringerung von Stickstoffoxiden/Stickstoffdioxiden (NOX)

Beschlussentwurf

Der Umweltausschuss nimmt die Ausführungen der Stadtverwaltung zur Verwendung von Titandioxyd in Pflastersteinen zur Reduktion des NOx-Anteils in der Luft zur Kenntnis.

Sachverhalt

Die CDU-Fraktion beantragt zu prüfen, inwieweit die Verwendung neuartiger Pflastersteine für öffentliche Flächen und/oder private Flächenversiegelungsmaßnahmen zur Verringerung von Stickstoffoxiden / Stickstoffdioxiden (NOX) in Betracht gezogen werden kann.

Seitens der Stadtverwaltung bestehen grundsätzlich keine Bedenken gemäß Antrag der CDU-Fraktion zu prüfen, inwieweit die Verwendung neuartiger Pflastersteine für öffentliche Flächen und/oder private Flächenversiegelungsmaßnahmen zur Verringerung von Stickstoffoxiden / Stickstoffdioxiden (NOX) in Betracht gezogen werden kann.

Es wird aber bereits jetzt darauf hingewiesen, dass

- die Luft in Bornheim nicht den Verhältnissen in einer Großstadt entspricht,
- der Anteil von Pflasterflächen im öffentlichen Bereich relativ gering ist,
- im privaten Bereich nur Empfehlungen ausgesprochen werden können,
- keine Kosten und keine Langzeiterfahrungen mit dem Titandioxyd-Katalysator vorliegen.

Grundsätzlich ist es aber immer effizienter und wirtschaftlicher, Emissionen bereits am Entstehungsort zu verhindern, als nachträglich mühsam wieder aus der Umwelt zu beseitigen. Der Deutschlandfunk weist in einem Bericht vom 11.10.2016 (www.deutschlandfunk.de) zu recht darauf hin, dass „...Ausgerechnet der Abgas-Skandal in der Autoindustrie (könnte) am Ende dazu führen könnte, dass Schadstoff-fressende Oberflächen wieder überflüssig werden. Wenn die Konzerne mit der Trickserie aufhören und Diesel-Fahrzeuge bauen, die wirklich so NOx-arm sind, wie sie offiziell sein sollen. Dann müsste vielleicht auch niemand mehr Stickoxide aus der Stadtluft fischen.“

Finanzielle Auswirkungen

Erst nach einer detaillierten Prüfung darstellbar.

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag